

Vergleichsstudie zur politischen Gestaltung von Generationenbeziehungen / Generationenpolitik in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien.

Abstract

Der «Generationenbericht Schweiz», eines der Endprodukte des NFP 52, empfiehlt die Etablierung einer Vielfalt intergenerationeller Initiativen. Diese könnten etwa die breitere Finanzierung der Altersvorsorge, eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit für gesunde und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder eine gezielte Gesundheitsförderung anstreben. Dadurch würde sich die sozialpolitische Belastung nachkommender Generationen nicht oder nur moderat erhöhen. Jenseits von Transferleistungen gibt es eine breite Palette von anderen Generationeninitiativen.

Mehrgenerationenhäuser stellen beispielsweise eine solche Initiative dar: „Für Menschen verschiedener Altersgruppen bietet ein Mehrgenerationenhaus Raum, sich ungezwungen zu begegnen und gegenseitig von den Kompetenzen des jeweils anderen zu profitieren. Zudem wird es zu einer Dienstleistungsdrehscheibe.“ (www.mehrgenerationenhaeuser.de).

Generationenbeziehungen spielen in verschiedenen Politikbereichen eine Rolle, so etwa bei der Familien-, Alters- oder Jugendpolitik. Viele politische Massnahmen beeinflussen Generationenbeziehungen – teilweise werden letztere auch ganz direkt zu einem politischen Gegenstand gemacht. In der Schweiz gründete das Bundesamt für Sozialversicherung im Jahr 2006 eine Geschäftsstelle „Familie, Generationen und Gesellschaft“.

Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit untersuchte und verglich die Generationenpolitik und deren Institutionalisierung in fünf europäischen Wohlfahrtsstaaten: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien. Auftraggeber war das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Die Ergebnisse der Recherche liegen vor und werden - nebst der Publikation von Fachartikeln - für die Lehre im Master „Social Work“ aufbereitet.

Ziele der Vergleichsstudie

Die Verfasserinnen und der Verfasser¹ der Studie verstehen unter dem Begriff der Generationenpolitik die aktive Gestaltung von Generationenbeziehungen durch den Staat (Gemeinden, Kantone, resp. Bundesländer, Staat) in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (z.B. NGOs). Auf Fragen zur Gestaltung des ökonomischen Transfers zwischen den Generationen (z.B. Finanzierung und Leistungen innerhalb der Alterssicherung) und den Generationenaustausch innerhalb von Familien geht die Studie nicht näher ein. Vielmehr steht die Förderung intergenerationeller Austauschbeziehungen nicht-ökonomischer Art wie beispielsweise intergenerationelles Wohnen, Lernen, Spielen usw. im

¹ Rahel Strohmeier, Annegret Bieri, Beat Baumann

Vordergrund. Speziell werden die institutionalisierten Beziehungen fokussiert. Dazu sind drei Hauptziele definiert worden:

- 1. Überblick über die initiierten Massnahmen, Projekte, Programme, Initiativen etc. (policies) im Ländervergleich*
- 2. Beschreibung der Institutionalisierung einer Generationenpolitik auf Länderebene*
- 3. Einschätzung der Bedeutung und Entwicklung der Generationenpolitik*

Vorgehen

Mittels eines Fragebogens wurde das Datenmaterial von ausgewählten Länderexpertinnen und -experten erhoben. Ziel der Befragung war die Erhebung von Datenmaterial in drei Bereichen: Erstens sollten die Expertinnen und Experten maximal zehn typische, bedeutsame und innovative intergenerationelle Massnahmen in ihrem Land beschreiben. Zweitens wurden die Rolle und das Engagement des Staates bzw. der öffentlichen Akteure auf verschiedenen Staatsebenen erfragt, um anschliessend die Institutionalisierung der Massnahmen zu ermitteln. Drittens sollte eine abschliessende, generelle Einschätzung auf der Basis der ersten zwei behandelten Aspekte gemacht werden.

Resultate bezüglich der Zielsetzungen

- 1. Überblick über die initiierten Massnahmen, Projekte, Programme, Initiativen usw. (policies) im Ländervergleich*

Die Verfasserinnen und der Verfasser der Untersuchung erkennen anhand der untersuchten Massnahmen zwei Annäherungsversuche an das Politikfeld Generationenpolitik. Einerseits wird eine Förderung von intergenerationellen öffentlich-privaten Projekten ersichtlich, andererseits das Anstreben von Koordination, Professionalisierung und Netzwerkarbeit für die existierenden Leistungserbringer. Die initiierten Massnahmen sind von folgendem Gesellschaftsfeld: Bildung, soziale Beziehungen, Kulturerbe, Betreuung und Unterstützung, Zusammenleben, Partizipation im Arbeitsmarkt (Mentoring von jungen Erwachsenen), Gemeindeentwicklung, Ernährung, Kunst und Freizeit. In den verschiedenen Ländern sind unterschiedliche Schwerpunkte in der inhaltlichen Ausrichtung der aufgespürten Initiativen, Projekten und Programmen zu erkennen. In Dänemark umfassen diese Policies insbesondere betreuungsnahe Themen (Kinder-, Familien- und Alterspflege), während in Deutschland und Grossbritannien die Förderung und Koordination alter und neuer Formen des ehrenamtlichen Engagements fokussiert wird.

In Grossbritannien wird zudem ein besonderes Augenmerk auf die Stadt- und Gemeindentwicklung entlang von Bildungs- und kulturelle Themen gerichtet. In Frankreich strebt man mit den Projekten besonders die Verhinderung von sozialer Exklusion an. Dies wird hauptsächlich aufgrund der Einbindung der älteren Personen in die Implementierung und Organisation verschiedener intergenerationeller Projekte offensichtlich. Die geringste Verbreitung finden die Massnahmen gemäss den Expertinnen und Experten in Italien. Es sind jedoch auch dort sehr interessante, einzelne

lokale Initiativen für die Förderung von Generationenbeziehungen im Kultur- und Sozialbereichen zu erkennen.

2. Beschreibung der Institutionalisierung einer Generationenpolitik auf Länderebene

Anhand von Indikatoren zur staatlichen Förderung der intergenerationellen Massnahmen, erklären die Verfasserinnen und der Verfasser die Institutionalisierung einer Generationenpolitik mit Fragen wie den Folgenden: „Versteht der staatliche Akteur die Gestaltung der Generationenbeziehungen als politische Aufgabe?“; „Ist die Generationenpolitik gesetzlich verankert?“; „Findet die Generationenpolitik eine Repräsentation in der Verwaltung?“ oder „besteht eine staatliche (Mit)finanzierung?“ usw.

Zusammenfassend kommen die Verfasserinnen und der Verfasser zum Schluss, dass die intergenerationellen Massnahmen nur in Deutschland eine Verankerung als übergreifende nationale Programme mit starker staatlicher Beteiligung aufweisen. Das nationale Familienministerium lanciert mehrjährige Aktionsprogramme und garantiert eine intensive Begleitung. Zudem fördert das nationale Familienministerium die Vernetzung von verschiedenen Leistungsanbietern im Feld auf nationaler Ebene. In Grossbritannien wurde diese Aufgabe an spezialisierte Kompetenzzentren (centres for intergenerational practice – CFIPs) delegiert. Die Landesregierung anerkennt zwar das Potential solcher intergenerationellen Massnahmen, die Mit(finanzierung) hängt jedoch meistens von lokalen Regierungen ab. Eine ähnliche Situation ist in Frankreich zu beobachten. Jedoch fördert hier der Zentralstaat die intergenerationellen Massnahmen durch nationale Konferenzen oder Themenwettbewerbe, zu welchen Projekteingaben gemacht werden können. Die Finanzierung kann nationalen Ursprungs sein, lokale staatliche Unterstützung ist indes häufiger. Auch in Dänemark sind Teilfinanzierungen feststellbar. Allerdings tritt der dänische Nationalstaat nicht als Katalysator von intergenerationellen Initiativen auf, wie dies in Deutschland, Grossbritannien oder Frankreich der Fall ist. In Italien gab es keine Förderung von intergenerationellen Massnahmen auf zentralstaatlicher Ebene.

3. Einschätzung der Bedeutung und Entwicklung der Generationenpolitik

Wie bereits festgestellt, existieren in Dänemark, Grossbritannien und Italien keine übergreifenden nationalen intergenerationellen Programme. Dennoch weisen diese Länder Interesse an entsprechenden Initiativen auf, wenn auch nicht auf nationaler Ebene.

Den dänischen Daten zufolge werden intergenerationelle Massnahmen nicht unbedingt als Alternative oder sogar als Ersatz für wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen gesehen. Generell wird kaum eine nationale, politische Debatte über intergenerationelle Massnahmen geführt. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung familiärer Ressourcen. Auch in Italien gibt es viele lokale und private gemeinnützige Initiativen – der Zentralstaat wird auch in Zukunft passiv bleiben, weil er generell in der Sozialpolitik wenig aktiv ist. Der nationale sozialpolitische Diskurs in Italien konzentriert sich auf die

finanzielle Zukunftsfähigkeit von Pensions- und Gesundheitsstrukturen vor dem Hintergrund der demografischen Alterung der Gesellschaft – soziale Exklusion und Risiken stehen weniger im Fokus. In den anderen Ländern wird den intergenerationellen Massnahmen mehr sozialpolitisches Gewicht verliehen. In Frankreich beispielsweise werden die Massnahmen als Teil der öffentlichen Familienpolitik gesehen. Begründet werden Generationenprojekte mit demographischen Veränderungen, die höhere Lebenserwartungen und mögliche soziale Exklusion von älteren Personen. Der Wandel der traditionellen Familienstrukturen soll durch die Förderung einer neuen direkt wahrnehmbaren Solidarität unterstützt werden. In Deutschland und Grossbritannien sind ähnliche Standpunkte festzustellen. Allerdings wird besonders in Deutschland diesen neuen möglichen sozialen Ressourcen eindeutig mehr Gewicht verliehen. Intergenerationelle Massnahmen werden als neuer Weg von informellem und institutionalisiertem freiwilligem Engagement mit und für alle Generationen gesehen. In Grossbritannien werden die Massnahmen als Möglichkeit zur Förderung von intergenerationellem Lernen innerhalb von Familien und bei der Stadt- und Kommunalentwicklung wahrgenommen.

Links zu Projekten und Massnahmen (best practise) in den untersuchten Ländern:

Dänemark <https://www.retsinformation.dk/Forms/R0710.aspx?id=25528>

Deutschland <http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/>
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/Familie/mehrgenerationenhaeuser.html>
<http://www.video-der-generationen.de/index.htm>
<http://www.freiwilligendienste-im-sport.de/index.php?id=7562>
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/freiwilligendienste-fuer-jedes-alter.html>

Frankreich <http://www.colombes.fr>
<http://www.leparisolidaire.com>
<http://prix-chronos.org>

Grossbritannien <http://www.centreforip.org.uk>
<http://www.centralliverpoolpct.nhs.uk/Provider/Services/Ageing.asp>

<http://www.ageconcernkingston.org/Intergenerational.htm>
<http://www.nya.org.uk/information/111738/sixtyplusintergenerationalproject/>

Italien <http://www.coriandoline.it/>, <http://www.andria.it/>
http://www.lacittadeicittadini.org/uploads/File/Libro%20p1_15_02.pdf

Kontakt der Verfasserinnen und des Verfassers

Rahel Strohmeier Navarro Smith
Projektleiterin und nebenamtliche Dozentin
rahel.strohmeier@hslu.ch

Annegret Bieri
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
annegret.bieri@hslu.ch

Beat Baumann
Projektleiter und Dozent
beat.baumann@hslu.ch

Weitere Artikel

- Basistext zu Generationenpolitik
- Artikel Soziale Sicherheit CHSS
- Englische Vergleichsstudie zu Generationenpolitik